

Ein Bundesländerranking zur Politischen Bildung

Oldenburg. Mecklenburg-Vorpommern und Bremen im Ländervergleich ganz vorne und Bayern und Sachsen als Schlusslichter – das passt so gar nicht zu unseren PISA-geprägten Erwartungen. Aus den innerdeutschen Bildungsrankings waren wir es eher umgekehrt gewohnt. Aber, was für die Schülerkompetenzen in Lesen, Naturwissenschaften und Mathematik gilt, muss noch lange nicht für den Aktivitätsgrad der Bundesländer auf dem Feld der Politischen Bildung zutreffen.

Die besten Absichten der Förderung demokratischer Kenntnisse und Fähigkeiten beschwört jede Landesregierung, aber wie steht es – an harten Daten gemessen – wirklich um die Politische Bildung in Deutschland? Welche Institutionen, Verbände, Organisationen, Behörden und Träger engagieren sich in ihr und wie entwickeln sich deren

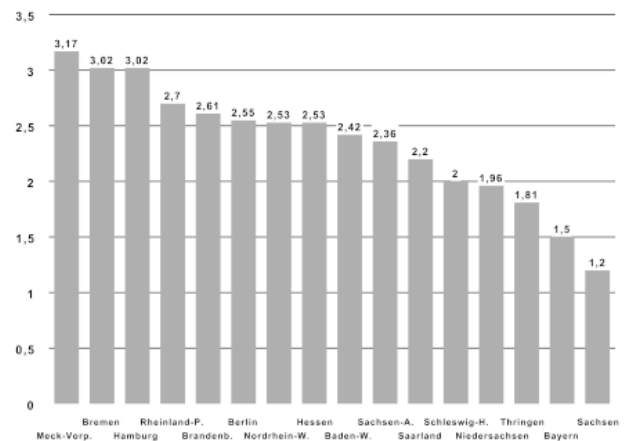
Ausgaben? Um diesen Fragen nachzugehen, ist im Auftrag der Bundeszentrale für Politische Bildung an der Universität Oldenburg erstmalig ein „Monitor politische Bildung“ entwickelt worden.

Die Forscher haben aus allen Bundesländern quantitative Daten zu vier Indikatoren zusammen getragen:

1. Ausgaben für die Landezentralen für Politische Bildung pro Kopf der Bevölkerung,
2. Didaktikprofessuren an den Hochschulen für die Politische Bildung an Gymnasien,
3. Staatsausgaben der Länder für internationale Jugendarbeit und außerschulische Jugendbildung,
4. Wochenstunden für das Fach der Politischen Bildung an Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen und den Klassen 5-10 an Gymnasien.

Beim ersten Indikator liegt Bremen vorn, bei den Didaktikprofessuren die Hanse-

stadt Hamburg, im Bereich der Ausgaben für die politische Kinder- und Jugendhilfe Niedersachsen bzw. wiederum Bremen und bei den Schulstunden der Politischen Bildung z.B. an Gymnasien Brandenburg. Um einen Gesamtvergleich zu ermöglichen, haben die Wissenschaftler noch eine prozentuale Gewichtung aller Einzelergebnisse auf einer Punkteskala abgetragen. Hier werden erstaunlich große Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern sichtbar:



Gewichtetes Länderranking des Monitors politische Bildung

Das Forschungsteam formuliert selbst einen möglichen Nutzen dieser Studie: „Auch wenn die Ergebnisse nicht alle erfreulich sein können, wird die politische Bildung letztendlich von einer solchen Datensammlung profitieren; sei es als Standortbestimmung, als Evaluationsinstrument oder zur bildungspolitischen Interessenvertretung des Fachgebietes.“ ... Es liegt an den Landesverbänden der DVPB dieses Potenzial einzulösen.

Im Oktober 2009 erscheint eine ausführliche Buchfassung dieses Datenvergleichs: Dirk Lange, Monitor politische Bildung. Daten zur Lage der politischen Bildung in Deutschland (unter Mitarbeit v. Alexander Bähr und Joachim Stöter), Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn 2009. Das Buch wird zugleich im Wochenschau-Verlag erscheinen.

vO

Zuwanderer: Beim Fußball ist die Sympathie geteilt

Allensbach. Bei internationalen Fußballspielen schlagen offenbar zwei Herzen in der Brust von Zuwanderern mit deutschem Pass. Spielt ein deutsches Team gegen eine Mannschaft aus dem Herkunftsland, stehen knapp 30 Prozent der Zuwanderer zur Elf aus Deutschland. Ebenfalls 30 Prozent halten zur Mannschaft aus dem Herkunftsland. Unentschieden darüber, wem sie die Daumen drücken sollen, sind 27 Prozent. Dies geht aus einer repräsentativen Umfrage der Bertelsmann Stiftung hervor. Insgesamt bestätigt die Befragung die Ergebnisse früherer Untersuchungen, nach denen sich 41 Prozent der Zuwanderer Deutschland und ihrem Heimatland gleichermaßen verbunden fühlen. Die meisten empfinden dieses eher als Vorteil und weniger als Identitätskonflikt. http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xsl/nachrichten_97131.htm. Allensbach-Studie Zuwanderer in Deutschland – Kurzfassung: http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_28825_28831_2.pdf

PH

Umfrage: Deutsche Jugendliche sorgen sich über den Zustand der Welt in 20 Jahren

Gütersloh. Mehr als drei Viertel aller Jugendlichen in Deutschland sind besorgt über den Zustand der Welt in 20 Jahren. Rund 40 Prozent machen sich sogar große Sorgen. Das zeigt eine aktuelle Befragung der Bertelsmann Stiftung zum Thema „Jugend und Nachhaltigkeit“. Ziel der repräsentativen Umfrage war es, Einsicht in das Problem- und Lösungsbewusstsein von Jugendlichen zu weltweit relevanten Entwicklungen zu bekommen und zu erfahren, welche Perspektiven sie für künftige Generationen in einer globalisierten Welt sehen. Zu den größten weltweiten Herausforderungen zählen die Jugendlichen das Armutproblem (75 Prozent), Klimawandel und Umweltzerstörung (73 Prozent) sowie den Mangel an Nahrung und Trinkwasser (70 Prozent). Die Umfrage des Instituts TNS Emnid wurde

von Mitte Juni bis Mitte Juli 2009 unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland und Österreich durchgeführt. http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xsl/nachrichten_97215.htm

KPH

Teilhabe und Integration von Migrantinnen und Migranten durch bürgerschaftliches Engagement

Berlin. Mit der 5. Auflage des bundesweiten Wettbewerbes will die Stiftung Bürger für Bürger die Teilhabe und Integration von Migrantinnen und Migranten durch bürgerschaftliches Engagement fördern. In der bisherigen Praxis der Integrationsarbeit sind Migranten oft nur Objekte sozialer Arbeit und bürgerschaftlichen Engagements. Es kommt noch zu selten vor, dass Migranten selbstverständlich in gemeinnützigen Organisationen der Mehrheitsgesellschaft neben Einheimischen und Migranten aus anderen Ländern und Kulturen ehrenamtlich mitwirken. Mit dem bundesweiten Praxis- und Ideenwettbewerb soll auf eine weitere positive Veränderung dieser Situation hingewirkt werden. Vorbildhafte Praxis und realisierbare innovative Ideen sollen mit dem Wettbewerb identifiziert, anerkannt bzw. ausgezeichnet und zur Nachahmung oder erstmaligen Realisierung angeregt werden.

Kriterien für die Prämierung: Vorbild: Praxisprojekte, die erfolgreich aber bislang noch vereinzelt sind, jedoch eine bundesweite Verbreitung und viele Nachahmer verdienen. Innovation: Praktikable Ideen, die eine erstmalige Erprobung und Umsetzung (als Pilotprojekt) verdienen. Migranten als Subjekte: Migrantinnen und Migranten engagieren sich selbst für ein gesellschaftlich relevantes Anliegen. Grenzüberwindung: Migrations- bzw. Kulturgrenzen werden überwunden: Migranten engagieren sich gemeinsam mit Einheimischen. Migranten unterschiedlicher nationaler oder ethnischer Herkunft engagieren sich gemeinsam. Über Selbsthilfe hinaus: Das Engagement geht über die Selbsthilfe – etwa zur Verbesserung der Migrationssituation – hinaus. Migrationsstatus ist nachrangig: Bei der Anlage der Engagementprojekte ist der Migrationsstatus

der Beteiligten nachrangig gegenüber ihrem Status als Bürger des Gemeinwesens, in dem oder für das sie sich engagieren.

Preise: Die Auszeichnung der Preisträger erfolgt durch: Geldpreise: 1. Preis: 2.500 EUR, 2. Preis: 1.500 EUR, 3. Preis: 1.000 EUR – diese sollen vor allem zur Weiterentwicklung bzw. Verbreitung guter Praxis bzw. zur Erprobung praktikabler Idee eingesetzt werden. Schon bei der Einreichung von Wettbewerbsbeiträgen sollte nachvollziehbar herausgearbeitet werden, in welcher Weise das Preisgeld sinnvoll eingesetzt werden würde. Öffentlichkeit: Alle Preisträger und möglichst auch die nicht preisgekrönten jedoch ebenfalls nennenswerten Beiträge sollen eine größtmögliche Öffentlichkeit erfahren: durch eine entsprechende öffentliche Preisträgerveranstaltung sowie durch eine attraktive Präsentation im Internet. Kontakte: Die Stiftung wird – gemeinsam mit weiteren Unterstützern – den Preisträgern bei der Weiterentwicklung oder erstmaligen Realisierung mit der Vermittlung von Kontakten zu kompetenten Unterstützern und relevanten Entscheidungsträgern behilflich sein. Netzwerk und gegenseitige Hilfe: Von den Wettbewerbsteilnehmern wird erwartet, dass sie ihre Erfahrungen und ihr Know-how mit den anderen Beteiligten sowie mit weiteren ehrlich Interessierten teilen, etwa bei gelegentlichen regionalen oder themenorientierten Netzwerktreffen.

Einsendeschluss ist der 30. November 2009. Formlose Bewerbungen mit weiteren Infos wie Projektbeschreibung, Pressebeiträgen, DVDs / Filmen, Publikationen und Internetverweisen sind zu richten an die Stiftung Bürger für Bürger, Herrn Bernhard Schulz, Friedrichstr. 94, 101 17 Berlin, E-Mail: info@buerger-fuer-buerger.de.

KPH

Kultusminister wollen Demokratiebildung fördern

Potsdam. Demokratie ist gefragt: Das Grundgesetz hat seinen 60. Jahrestag, wir gedenken der ersten deutschen Demokratie von Weimar vor 90 Jahren und wir feiern den 20. Jahrestag des Mauer-

falls und der nachfolgenden deutschen Wiedervereinigung. Demgegenüber ist Demokratie aber auch gefährdet: So sieht sich Schule und Jugendarbeit anhaltend einer Neuen Rechten gegenüber, einer verbreiteten Gleichgültigkeit gegenüber demokratischen Institutionen und Verfahren sowie einer erschreckenden Bilanz in Blick auf das historische Wissen ihrer Absolventen über die beiden deutschen Diktaturen. Insbesondere die retrospektive Verharmlosung politischer und lebenspraktischer Verhältnisse in der ehemaligen DDR sorgt im Sommer 2009 erneut für Aufregung.

So hat sich die KMK bereits im Bonner Herbstplenium 2008 und nochmals in der Plenarsitzung vom 5./6. März 2009 in Stralsund zur demokratischen und historisch-politischen Bildung geäußert und dabei Maßnahmen zur „Stärkung der Demokratiebildung und des Geschichtswissens“ verabredet. „Für die Schule bedeutet dies“, so die Stralsunder Pressemitteilung, „Demokratielernen ist Grundprinzip aller Bereiche ihrer pädagogischen Arbeit“. Die KMK möchte „Verantwortungsübernahme der Schülerinnen und Schüler“ fördern.

Die Spannung von Schule und Demokratie ist also ein aktuelles Thema von Bildungspolitik und Pädagogik. Das ist ein aus Sicht der Akteure in der Politischen Bildung ebenso wie im Feld der demokratischen Schulentwicklung begrüßenswerter Impuls. Es bleibt zu hoffen, dass das Vorhaben nicht nur dem Wahl- und Gedenkjahr 2009 geschuldet ist. An der Kontinuität der bildungspolitischen Aktivitäten für die demokratische Schule und für eine nachhaltige Politische Bildung wird sich Bildungspolitik messen lassen müssen – nicht nur an den TIMSS-, PISA- und IGLU-Daten.

In einem ersten Schritt hat die KMK die Länder Brandenburg und Thüringen mit der Durchführung einer bundesweiten Fachtagung „Demokratie in der Schule: Partizipation – Historisch-Politische Bildung – Werte“ beauftragt, die am 24. und 25. Juni 2009 in der Staatskanzlei in Potsdam stattgefunden hat. Der Potsdamer Kongress wurde inhaltlich von bekannten Modellprojekten und Programmen wie „BLK-Demokratie lernen & leben“, „Förderprogramm Demokratisch Handeln“, dem Curriculum „Hands across the Campus“ und anderen geprägt.

Demokratieerziehung als Aufgabe der Schule „erhält einerseits große Zustimmung, andererseits gelten dieser Aufgabe starke Zweifel“, so der Hamburger Geschichtsdidaktiker Bodo von Borries in seinem Einführungsvortrag, „denn unsere Schule leidet jetzt schon an Überforderung. Im Geschichtsunterricht spielen die Themen Menschenrechte und Demokratie bis heute eine eher marginale Rolle“. Zugleich finde demokratische Schulqualität insbesondere im Fachunterricht noch immer zu wenig Niederschlag, so Borries mit einer eher skeptischen Einschätzung, „denn Schule ist immer noch und vor allem Fachunterricht“, weshalb das Thema auch in die Fachdidaktiken bedeutsam sein müsse.

Eyal Ram (Kibbutzim College of Education, Tel Aviv) hat Aspekte eines erfolgversprechenden demokratiepädagogischen Entwicklungsprojektes in Israel vorgestellt, in dem basisdemokratischen Schulen mit außerschulischen Lernorten verbunden werden, die bspw. den interreligiösen Dialog von Juden mit Moslems fördern können. Ram beschreibt das stetige Wachsen demokratiepädagogischer Ausstrahlung in diesem Projekt, indem Schule zwar zunächst die Lernenden individuell fördere, es aber nicht alleine dabei bleibe: Demokratisch gehaltvolle Kommunikationsformen wie Morgenkreis und Lernmethoden wie Projektlernen seien ebenso gestärkt worden wie individualisierter Unterricht in Kleingruppen und Berufsorientierung. Demokratie in diesem Pro-

jekt heiße einerseits die Schule als Ganzes, andererseits aber auch die lebenspraktischen Umstände des Alltags der Lernenden in den Blick zu nehmen!

Wolfgang Edelstein entfaltete in einem Grundlagenreferat die Ansprüche und Wirkmöglichkeiten substanzieller Partizipation im „Klassenrat“. Das Förderprogramm Demokratisch Handeln eröffnete in einem Workshop die Auseinandersetzung mit demokratiepädagogischen Projekterfahrungen. Eine Reihe weiterer Methoden und Modelle demokratischer Schulentwicklung, aber auch geschichtsdidaktischer Anschauung und Erfahrungen bspw. im Umgang mit „Gedenkstätten, Museen und lokalhistorische Projektarbeit“ am Beispiel des Sasi-Gefängnisses in Potsdam zeigten die Breite der Fachdiskussion. Bemerkenswert war die starke Präsenz von Schülerinnen und Schülern, die sich in der SV-Arbeit für die Schuldemokratie engagieren. Das SV-Bildungswerk, eine Basisinitiative der in der verfassten Schülermitwirkung engagierten Jugendlichen, hat mit einem offenen Brief erneut Forderungen und Vorschläge nach mehr Partizipation in den Kernbereichen der Schule – insbesondere im Lernen und in den Fächern – unterbreitet.

Die Bilanz war fachlich gesehen sehr positiv, weil in der Praxis von Schulen in Deutschland eine Fülle an Erfahrung und Umsetzungskraft vorliegt. Es bedarf offensichtlich weniger neuer Modelle, sondern der Rezeption erfolgversprechender Ansätze und ihrer wirksamen Verbreitung in der Fläche des Regelschulwesens. So waren Brandenburgs Staatssekretär Burkhard Jungkamp und sein Thüringer Kollege Kjell Eberhardt zuversichtlich, in dieser Sache intensiv in die KMK hinein wirken zu können: „Wenn dann nicht alle Länder mitziehen wollen, dann gibt es eben eine Gruppe derer, die diese Schritte weiter gehen werden“, so ihre pragmatische Bilanz. Angesichts des in Potsdam sichtbaren Übergewichts der Schulverwaltungen aus den neuen Ländern bleibt zu hoffen, dass die Kollegen der westdeutschen Flächenländer, die nicht dabei sein konnten, sich von dieser wichtigen Initiative anstecken lassen – eine Überraschung wäre das allemal!

Wolfgang Beutel



Kjell Eberhardt, Staatssekretär im Kultusministerium des Landes Thüringen, während seiner Rede auf der KMK-Tagung in Potsdam.

Bild: LISUM/Christa Penserodt